

RAG Hannover

Michael Pechel

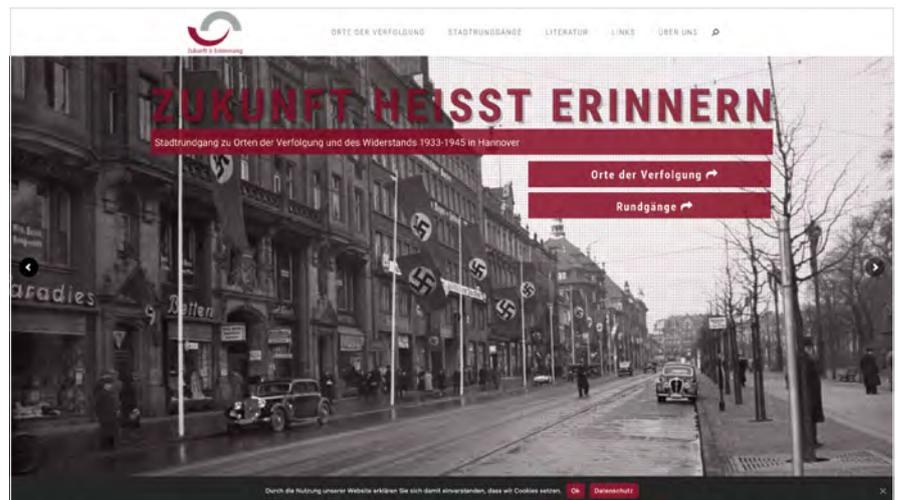
Topografie der Verfolgung: Das digitale Projekt „Zukunft heißt Erinnern“

Die Internetseite zukunft-heisst-erinnern.de markiert seit 2014 etwa 50 Orte der Verfolgung auf interaktiven Karten der Innenstadt Hannovers: verlegte Stolpersteine für Opfer des NS-Regimes, Täterorte wie die ehemalige Gauleitung, Stätten der Propaganda-Erfolge wie den Ballhofplatz inmitten der Altstadt oder den 1934–36 entstandenen Maschsee. Sie werden mit Kurztexten erläutert sowie – wenn vorhanden – mit zeitgenössischen Fotografien belegt. Dahinter steht ein topografischer Ansatz: Das Abstraktum „Nationalsozialismus“ wird lokal konkretisiert, verbunden mit uns bekannten Orten und einstigen Bewohnerinnen und Bewohnern dieser Stadt.

„Denn was in Auschwitz und Bergen-Belsen endete, begann mitten in der deutschen Gesellschaft und vor aller Augen“ –

so die einleitenden Worte der Seite.

Neu hinzugekommen sind vier Touren, die ausgesuchte Orte thematisch verbinden: Rundgänge erinnern an die Verfolgung von Juden und Sinti. Sie führen zu Versammlungsplätzen und Gebäuden der bedeutenden Arbeiterbewegung Hannovers und zeigen Verwaltungen und Museen als Profiteure von finanzieller Ausplünderung und Raubkunst. Sie können digital verfolgt, aber auch analog abgeschritten werden. Ausgangs- und Endpunkt ist jeweils das neu entstandene *ZeitZentrum Zivilcourage* der Landeshauptstadt Hannover gegenüber dem Neuen Rathaus. Das Zentrum diskutiert unter der Fragestellung „Mitmachen oder Widerstehen?“ die Handlungsoptionen und -spielräume von Menschen in der deutschen Diktatur – und regt mit Mitteln erforschenden Lernens an, sich aktiv mit der Stadtgeschichte auseinanderzusetzen. Dafür wird biografisches Material zu 45 Menschen aus Han-



Die Startseite der Homepage zukunft-heisst-erinnern.de.

nover angeboten, die aus dem ganzen Spektrum zwischen den Polen Täter und Opfer stammten.

Viele dieser historischen Protagonisten treffen wir auf den Stadtrundgängen an ihren ehemaligen Wohn- oder Wirkungsorten wieder. Und auch hier geht es oft um Zwischen- und Grautöne: um die Mitmacher, Profiteure und Verwaltungsbeamten, ohne die das Regime nicht so effektiv funktioniert hätte, wie es der Fall war. Der Rundgang „Finanzraub – Kunstraub“ bietet viele Beispiele dafür. Als die jüdischen Haushalte im Frühjahr 1939 alle Edelmetalle aus ihrem Besitz abliefern mussten, um die durch Hochrüstung klammern Reichsfinanzen zu stützen, war auch das kommunale Leihamt involviert. Etwa 150 Gegenstände ergänzten nach dieser Raubaktion das städtische Ratssilber.

Von Beginn an waren zudem Finanzbeamte an der Ausplünderung der Flüchtlinge aus Nazi-Deutschland beteiligt. In ihren Verwaltungsabläufen erreichte der „Präzisionsriss“ (H. G. Adler) seine Höhepunkte: Obwohl jüdische Konten längst

eingefroren waren, jüdischer Besitz sich schon in Sammellagern befand, konnten die Finanzbehörden durch eine Verordnung vom November 1941 gesetzlich erst über „Judengut“ verfügen, nachdem dessen Besitzerinnen und Besitzer die deutsche Grenze überschritten hatten – in Richtung der Ghettos und Vernichtungslager in Osteuropa. Wie zahlreiche schriftliche Anfragen bei der Gestapo nach dem Fahrplan der Deportationszüge belegen, hielten sich die Beamten peinlich genau an diese Vorgaben – ihr Handeln sollte schließlich dem Gesetz entsprechen.

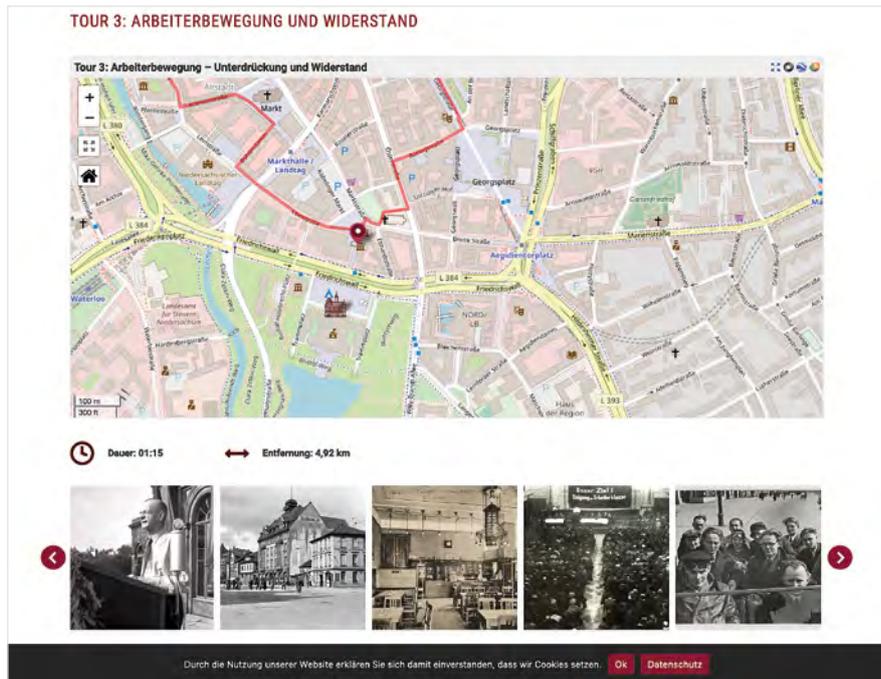
Die erschreckende Erkenntnis: Für die Mitwirkung an der Ausplünderung der Juden bedurfte es nicht einmal einer radikalen antisemitischen Einstellung (obwohl diese natürlich half). Das Wirken des Kunsthistorikers Dr. Ferdinand Stuttmann ist eines von vielen Beispielen dafür. In den 1920er Jahren als Mitglied der von Kurt Schwitters gegründeten Vereinigung „die abstrakten hannover“ und der Kestner Gesellschaft augenscheinlich ein Freund der künstlerischen Moderne, stieg er im Nationalsozialismus an die Spitze hannoverscher

Museen auf. Seit 1933 war er Mitglied der NSDAP, begutachtete als Sachverständiger der NS-Reichskammer der bildenden Künste das Eigentum deportierter Jüdinnen und Juden und filterte museumswürdiges Kulturgut heraus. Dieser Raubzug bot ihm die Chance zur Aufwertung der Museumsbestände, die er anscheinend ohne jeden Skrupel nutzte. All dies behinderte seine Nachkriegskarriere nicht: Von 1952 bis zur Pensionierung 1962 stand er an der Spitze des Niedersächsischen Landesmuseums Hannover und brachte es in dieser Zeit unter anderem bis zum Vorsitzenden des Deutschen Museumsbundes.

Auf Seiten der Opfer finden wir rassistisch Verfolgte, Frauen und Männer aus der Arbeiterbewegung, Homosexuelle und „Wehrkraftzersetzer“, als „lebensunwert“ oder „erbkrank“ Diskriminierte. Die NS-„Volksgemeinschaft“ definiertesich durch ihre Ausschlüsse.

Über manche Personen sind wenige oder keine Dokumente erhalten, andere sind im historischen Gedächtnis reich repräsentiert. Stolpersteine in der Kramerstraße erinnern an das Schicksal der jüdischen Familie Eigermann, die vor dem Ersten Weltkrieg vor Pogromen aus dem russischen Galizien geflohen war und wie viele „Ostjuden“ in den schäbigen Fachwerkquartieren der hannoverschen Altstadt lebte. Nach Neugründung Polens wurden im Oktober 1938 etwa 17.000 polnische jüdische Staatsangehörige, zu denen die Familie Eigermann jetzt zählte, zu Opfern der Massenabschiebung von Deutschland nach Polen – Vorspiel zur Pogromnacht im November. Herschel Grünspans Geburtshaus steht in der benachbarten Burgstraße. Von den Angehörigen der Familie Eigermann ist nicht eine Fotografie überliefert.

Im Gegensatz dazu Familie Steinitz: säkular ausgerichtetes jüdisches Großbürgertum mit Wohnung in der mondänen Georgstraße, der Mann leitender Arzt an einer städtischen Klinik, die Ehefrau mit Kunststudium. Käte Steinitz gestaltete mit Kurt Schwitters Kinderbücher in moderner Typografie, beide organisierten die legendären „Zinnoberfeste“ in Hannover. Die Beletage der Familie gegenüber der Oper war Kunstsalon und Treffpunkt der Avantgarde, das ins Exil gerettete Gästebuch nennt Namen wie El Lissitzky, Mary Wig-



Eine der Touren auf zukunft-heisst-erinnern.de.

man, Raoul Hausmann, László Moholy-Nagy, Nelly und Theo van Doesburg und viele andere. Nach Berufs- und Tätigungsverboten flüchtete die Familie bis 1936 in die Vereinigten Staaten.

Auch auf dem Stadtrundgang zur hannoverschen Arbeiterbewegung treffen wir auf einfache Mitglieder sowie Prominente wie Otto Brenner, Kurt Schumacher oder den Arbeiterfotografen Walter Ballhaus. Ein Stolperstein in der Kramerstraße der Altstadt liegt vor dem Wohnhaus des Schlossers Otto Kreikbaum. Wie seine spätere Frau war er von Jugend an in der KPD und deren Nebenorganisationen aktiv. Deshalb wurde er bereits kurz nach der Machtübertragung von den Nazis in „Schutzhaft“ genommen und als politischer Häftling in das im April 1933 gegründete KZ Moringen bei Göttingen, danach in das „Moorlager“ Esterwegen gebracht. Bei Kriegsbeginn noch wegen „Wehrunwürdigkeit“ vom Kriegsdienst ausgeschlossen, sollte er sich nach der Kriegswende 1942 in einem „Bewährungsbataillon“ rehabilitieren. Der deutsche Kommunist starb in sowjetischer Kriegsgefangenschaft.

Kurt Schumacher dagegen, früherer Leiter der Stuttgarter SPD und Reichstagsabge-

ordneter, erlebte das Kriegsende in Hannover. Er war nach zehn Jahren KZ-Haft im Jahre 1943 als Schwerkranker unter Polizeikontrolle an den Wohnort seiner Schwester nach Hannover entlassen worden. Unmittelbar nach der Befreiung trieb Schumacher die Wiederbegründung der SPD voran. Am 6. Mai 1945 wurde er bei einem Treffen von etwa 130 Sozialdemokraten im Sitzungssaal des Polizeipräsidiums zum Ortsvereinsvorsitzenden gewählt, ein Jahr später machte ihn der erste Nachkriegsparteitag in einem Saal der hannoverschen Hanomag zum Parteivorsitzenden. Bis zum Umzug in die Bonner „Baracke“ 1951 blieb die hannoversche Odeonstraße Sitz der Parteileitung. 1952 starb der schwerkranke Politiker in Bonn, beigesetzt wurde er in Hannover in einem Ehrengrab.

Träger der Internetseite sind die Vereine Netzwerk Erinnerung und Zukunft in der Region Hannover und Stadtjugendring Hannover. Alle Redaktionsarbeiten erfolgten ehrenamtlich, die Programmierung wurde durch Mittel der Landeshauptstadt Hannover, Stadtparkasse Hannover, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der IG Metall Hannover finanziert. Ein bisher nicht finanzierbares Desiderat bleibt die Erweiterung durch Fremdsprachen. ■

Michael Pechel ist langjähriger freier Mitarbeiter der Gedenkstätten Bergen-Belsen und Hannover-Ahlem sowie Mitglied der RAG Hannover von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.